

E i n l a d u n g

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 13.12.2010, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Gasthof zu Loyerberg, Braker Chaussee 314, 26180 Rastede

Rastede, den 02.12.2010

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------------|--|---|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.08.2010 | |
| TOP 4 | 2. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 "Südlich Brombeerweg" | |
| | Vorlage: 2010/163 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 5 | 44. F-Planänderung - nördlich Nethener Weg | |
| | Vorlage: 2010/159 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 6 | Bebauungsplan 78 B - Hahn - Am Ostermoor II | |
| | Vorlage: 2010/162 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 7 | Anstalt öffentlichen Rechts - Wertung von Zuschlagskriterien, Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | |
| | Vorlage: 2010/206A | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 8 | Anstalt öffentlichen Rechts - Wertung von Zuschlagskriterien | |
| | Vorlage: 2010/181A | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 9 | Entgelte der Kindertagesstätten | |
| | Vorlage: 2010/146 | Berichterstatter: Frau Weber |

- Anmerkung: Nach der öffentlichen Ratssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt, in der die Bürgerinnen und Bürger allgemeine Anfragen an den Bürgermeister stellen können.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/163

freigegeben am 07.10.2010

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 07.10.2010

2. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 "Südlich Brombeerweg"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	26.10.2010	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	02.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Absatz 2 und 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 26.10.2010 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung war nicht durchzuführen.
4. Die 2. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 – „Südlich Brombeerweg“ nebst Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 17.08.2010 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2010/104).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 27.08.2010 bis 27.09.2010 statt.

Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Oldenburger Planungsbüro Lux gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 10.08.10 VA 17.08.2010	Entfällt	27.08.10 - 27.09.10	Ratssitzung am 13.12.2010

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten des Verfahrens werden von dem Investor getragen.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2010/159**

freigegeben am 07.10.2010

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 07.10.2010**44. F-Planänderung - nördlich Nethener Weg****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	26.10.2010	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	02.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 26.10.2010 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 44. Änderung des Flächennutzungsplanes – nördlich Nethener Weg nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 02.06.2010 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2010/066). Diese fanden in der Zeit vom 05.08.2010 bis 06.09.2010 statt. Parallel hierzu wurde die Auslegung des Bebauungsplanes 78 B – Hahn – Am Ostermoor II durchgeführt.

Die Ergebnisse der Auslegung und der dazu erarbeitete Abwägungsvorschlag können der Anlage entnommen werden.

Nunmehr kann der Feststellungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 14.12.2009 VA 19.01.2010	22.02.10 - 22.03.10	05.08.2010 – 06.09.2010	13. Dezember 2010

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/162

freigegeben am 07.10.2010

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 07.10.2010

Bebauungsplan 78 B - Hahn - Am Ostermoor II

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	26.10.2010	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	02.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 26.10.2010 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 78 B – Hahn – Am Ostermoor II nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 02.06.2010 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2010/064).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 05.08.2010 bis 06.09.2010 statt.

Im Rahmen der Stellungnahmen hatten einige Anwohner um Veränderung der Straßenführung im westlichen Plangebiet gebeten, da sie zusätzliche Flächen erwerben wollen. Die Planung und Abwägung wurde dementsprechend angepasst.

Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 14.12.2009 VA 19.01.2010	22.02.10 - 22.03.10	05.08.2010 – 06.09.2010	13. Dezember 2010

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Abwägungsvorschlag

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/206A

freigegeben am 08.12.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 08.12.2010

Anstalt öffentlichen Rechts - Wertung von Zuschlagskriterien, Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

13.12.2010

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

Die unter Tagesordnungspunkt 15 „Anstalt öffentlichen Rechts – Wertung von Zuschlagskriterien, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen“ und 16 „Anstalt öffentlichen Rechts – Wertung von Zuschlagskriterien“ erörterten Änderungsvorschläge werden in einer A-Vorlage (2010/181A) zusammengeführt und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Sach- und Rechtslage:

Beschlussauszug

nicht öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 07.12.2010

Tagesordnungspunkt 15

Anstalt öffentlichen Rechts - Wertung von Zuschlagskriterien, Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage: 2010/206

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung zu TOP 16 „Anstalt öffentlichen Rechts - Wertung von Zuschlagskriterien“ verwiesen.

Darüber hinaus erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Die unter Tagesordnungspunkt 15 „Anstalt öffentlichen Rechts – Wertung von Zuschlagskriterien, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen“ und 16 „Anstalt öffentlichen Rechts – Wertung von Zuschlagskriterien“ erörterten Änderungsvorschläge werden in einer A-Vorlage (2010/181A) zusammengeführt und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/181A

freigegeben am 08.12.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 08.12.2010

Anstalt öffentlichen Rechts - Wertung von Zuschlagskriterien

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

13.12.2010

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

Die Wertungskriterien, die Gewichtung der Wertungskriterien, die wesentlichen Regelungen der vorläufigen Musterkonzessionsverträge zur Auswahl eines Bestbieters im Rahmen der Neuvergabe von Konzessionsverträgen werden auf der Grundlage dieser Vorlage sowie der beigefügten Anlagen beschlossen.

Die Änderungsanträge aus der Vorlage 2010/206 werden hinsichtlich der Ziffern 14, 19, 20 und 21 befürwortend beschlossen.

Im Rahmen der weiteren Beratungen des Verwaltungsrates der AöR sind diese Vorschläge einzubringen.

Sach- und Rechtslage:

Beschlussauszug

nicht öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 07.12.2010

Tagesordnungspunkt 16

Anstalt öffentlichen Rechts - Wertung von Zuschlagskriterien

Vorlage: 2010/181

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Decker regt an, die Tagesordnungspunkte 15 „Anstalt des öffentlichen Rechts – Wertung von Zuschlagskriterien, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen“ und 16 „Anstalt des öffentlichen Rechts – Wertung von Zuschlagskriterien“ gemeinsam zu beraten.

Seitens der Ausschussmitglieder bestehen diesbezüglich keine Bedenken.

Herr Langhorst bemerkt eingangs, dass vom Grundsatz her, die bisherige Vorgehensweise ausgesprochen positiv bewertet wird und gegenüber der letzten Vergabe der Konzessionsverträge Anfang der 90er Jahre ein Riesenfortschritt darstellt. Insbesondere die Möglichkeit der Beteiligungslösung und des damit einhergehenden Mitspracherechts wird von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürwortet. Hinsichtlich seines Antrages macht er deutlich, dass es der Fraktion in erster Linie darum geht, dass sich der Rat noch einmal inhaltlich mit der Thematik stärker beschäftigt und dabei berücksichtigt, dass neben wirtschaftlichen Aspekten auch ökologische Gesichtspunkte nicht zu kurz kommen sollten. Vor diesem Hintergrund begrüßt er die von der Verwaltung aufgestellte aussagekräftige Synopse, in der einige Änderungswünsche für umsetzbar gehalten werden und für weitere Bestandteile der Änderungsanträge empfohlen wurde, diese bei den Nebenangeboten zu berücksichtigen.

Herr Henkel erläutert noch einmal umfassend anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, das angedachte weitere Vorgehen sowie das Zustandekommen der Reihenfolge bei den Zuschlagskriterien mit Hilfe eines sogenannten Par Tests. Er weist ergänzend darauf hin, dass zahlreiche ökologische Forderungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits im Vorfeld bei den vorgesehenen Bewertungskriterien für die Nebenangebote Berücksichtigung gefunden haben. Er unterbreitet darauf hin den Vorschlag, den Beschlussvorschlag um folgenden Passus zu ergänzen:

- Die Änderungsanträge aus der Vorlage 2010/206 werden hinsichtlich der Ziffern 14, 19, 20 und 21 befürwortend beschlossen.
- Im Rahmen der weiteren Beratungen des Verwaltungsrates der AöR sind diese Vorschläge einzubringen.

Beschlussempfehlung:

Die Wertungskriterien, die Gewichtung der Wertungskriterien, die wesentlichen Regelungen der vorläufigen Musterkonzessionsverträge zur Auswahl eines Bestbieters im Rahmen der Neuvergabe von Konzessionsverträgen werden auf der Grundlage dieser Vorlage sowie der beigelegten Anlagen beschlossen.

Die Änderungsanträge aus der Vorlage 2010/206 werden hinsichtlich der Ziffern 14, 19, 20 und 21 befürwortend beschlossen.

Im Rahmen der weiteren Beratungen des Verwaltungsrates der AöR sind diese Vorschläge einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Finanzielle Auswirkungen:

Zurzeit keine. Weitere Kosten werden sich im Zusammenhang mit dem Markterkundungsverfahren ergeben. Hierzu werden zu gegebener Zeit weitere Informationen gegeben.

Anlagen:

1. vorläufiger Zeitplan
2. Übersicht über die Ziele im Rahmen eines Verfahrens
3. Rubriken für die Gewichtung von Kriterien
4. vorläufiger Muster-Konzessionsvertrag Hauptangebot Gas
5. vorläufiger Muster-Konzessionsvertrag Hauptangebot Strom
6. vorläufiger Muster-Konzessionsvertrag Nebenangebot 1 Gas
7. vorläufiger Muster-Konzessionsvertrag Nebenangebot 1 Strom
8. vorläufiger Muster-Konzessionsvertrag Nebenangebot 2 Gas
9. vorläufiger Muster-Konzessionsvertrag Nebenangebot 2 Strom
10. Gewichtung der Nebenangebote

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/146

freigegeben am 15.09.2010

GB 2

Sachbearbeiter/in: Fritz Sundermann

Datum: 15.09.2010

Entgelte der Kindertagesstätten

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.09.2010	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	23.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

A)

Die Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten wird mit Wirkung ab dem 01.01.2011 wie folgt neu gefasst:

„Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten

1. Der Anteil der Elternentgelte an den Ausgaben des Ergebnishaushaltes soll ab dem 01.01.2011 = 25 % betragen. Dabei werden die besondere Finanzhilfe des Landes für die Freistellung von Elternbeiträgen im letzten Kindergartenjahr und die Zuschüsse für Integrationsgruppen den Elternentgelten zugerechnet. Die Ansätze des Finanzhaushaltes bleiben außer Betracht.
2. Die Entgelte werden in Form eines Fixbetrages erhoben, der in Abhängigkeit derjenigen Kinder erhoben wird, die zur Zeit der Entgelterhebung im Haushalt leben. Das Entgelt ist hierbei ab 4 Kindern gleich bleibend.
3. Besuchen aus einer Familie gleichzeitig mehrere Kinder eine Kindertagesstätte, so ermäßigt sich das Entgelt beim 1. Geschwisterkind um 50 %. Für das 2. und jedes weitere Geschwisterkind ist kein Entgelt zu entrichten. Diese Ermäßigung gilt nicht für die Entgelte der Sonderdienste und für das Essengeld.
4. Für Sonderdienste (Früh-/Mittagdienst) werden Entgelte für g a n z e Monate erhoben.“

B)

Aufgrund der „Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten“ werden die Entgelte für die kommunalen Kindergärten ab dem 01.01.2011 wie folgt neu festgesetzt:

Krippe:

Entgelte für die Regelbetreuung 5 Stunden vormittags: 240,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste: Früh- bzw. Mittagsdienst je ½ Stunde 20,-- Euro

Kindergarten:

Entgelte für die Regelbetreuung 4 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 89,-- Euro
2	= 84,-- Euro
3	= 79,-- Euro
4 und mehr	= 74,-- Euro

Entgelte für die Regelbetreuung 5 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 109,-- Euro
2	= 104,-- Euro
3	= 99,-- Euro
4 und mehr	= 94,-- Euro

Entgelte für die Ganztagesbetreuung:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 187,-- Euro
2	= 177,-- Euro
3	= 167,-- Euro
4 und mehr	= 157,-- Euro

Entgelte für die Schnuppergruppe:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 38,-- Euro
2	= 35,-- Euro
3	= 32,-- Euro
4 und mehr	= 29,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste: Früh- bzw. Mittagsdienst je ½ Stunde 10,-- Euro
Essensgeld für Ganztagesgruppen 56,-- Euro

Hort:

Entgelte für die Regelbetreuung 4 ¼ Stunden nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:

1	= 106,-- Euro
2	= 101,-- Euro
3	= 96,-- Euro
4 und mehr	= 91,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste: Essensgeld 56,-- Euro

Sach- und Rechtslage:

A) Vorbemerkungen

Nach dem sonst üblichen Kostendeckungsprinzip des NKAG sind für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen grundsätzlich kostendeckende Gebühren zu erheben. Für den Bereich Kindertagesstätten ist hierbei zu berücksichtigen, dass die Fachpersonalkosten bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen vom Land Niedersachsen in einem pauschalierten Verfahren mit 20 % bezuschusst werden. In Integrationsgruppen werden vom Land Niedersachsen zusätzlich die vollen Personalkosten der heilpädagogischen Fachkraft übernommen. Daneben werden in einem pauschalierten Verfahren 25 % (zusätzlich zu den vorgenannten 20 %) der Personalkosten der sozialpädagogischen Fachkraft zum Ausgleich des geringeren Entgeltaufkommens aufgrund der niedrigeren Platzzahl in Integrationsgruppen vom Land übernommen und eine Sachkostenpauschale zur Abgeltung aller weiteren Aufwendungen einschließlich eventueller Fahrtkosten gewährt.

Durch § 20 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) erfolgt eine Abkehr vom Kostendeckungsprinzip. Gemäß § 20 KiTaG in der seit dem 01.08.2002 wieder geltenden Fassung sind die Entgelte für den Besuch von Kindertagesstätten, in denen die Kinder wöchentlich mindestens 15 Stunden am Vormittag betreut werden, so zu bemessen, dass die wirtschaftliche Belastung für die Sorgeberechtigten zumutbar ist. Die Entgeltsätze sollen sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Sorgeberechtigten unter Berücksichtigung der Zahl ihrer Kinder richten und gestaffelt werden. Es ist nicht mehr der Grad der Inanspruchnahme, sondern das Maß der zumutbaren wirtschaftlichen Belastung entscheidender Maßstab für den Elternbeitrag.

Die Umsetzung der Sozialstaffelung erfolgt in unterschiedlichster Art und Weise:

In den übrigen Ammerlandgemeinden erfolgt jeweils eine Staffelung nach Betreuungsdauer und Einkommen mit von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlichen Einkommens- und Entgeltstufen. Empfänger von Wohngeld zahlen hierbei jeweils das niedrigste Entgelt. Übersichten über die Höhe der Kindergarten- und Krippenbeiträge im Ammerland liegen bei.

B) Gemeinde Rastede

Soweit auch ohne Differenzierung mit einem Einheitsbeitrag die Zumutbarkeit auch für Eltern mit niedrigerem Einkommen nicht überschritten wird, ist eine Staffelung nicht geboten. Nach dem Wortlaut des § 20 KiTaG geht es darum, die Belastung der Eltern zumutbar zu halten, nicht um steuerlich genaue Gerechtigkeit.

Auch bei einem Einheitsbeitrag ist in Fällen geringen Einkommens die Übernahme der Kindergartenentgelte im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe möglich.

In der Gemeinde Rastede wurden von 1994 bis Juli 2000 die Entgelte für den Besuch der Kindergärten in Abhängigkeit von den um die Kinderfreibeträge bereinigten positiven Einkünften sowie nach der Kinderzahl gestaffelt. Die jährliche Einstufung nach dem Einkommen hat einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursacht und war für die Eltern kaum nachvollziehbar.

Auf Vorschlag des Gemeindeelternrates für Kindertagesstätten und weil ca. 86 % aller Eltern den beiden untersten Entgeltstufen entfielen, hat der Rat in seiner Sitzung am 04.04.2000 mehrheitlich ab dem 01.08.2000 die Kindergartenentgelte nur noch nach der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder gestaffelt. Der Anteil der Elternentgelte an den haushaltsmäßigen Bruttoausgaben (Zuschüsse Dritter werden nicht abgezogen) sollte bei rechnerischer Vollausslastung der Plätze 25 % betragen.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurde im Jahre 2003 eine Steigerung des Elternentgeltanteils auf 26 % im Jahr 2004, auf 27 % im Jahr 2005, auf 28 % im Jahr 2006, auf 29 % im Jahr 2007 und auf 30 % ab dem Jahr 2008 beschlossen. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass bei der Kalkulation die Ansätze des Vermögenshaushaltes, die kalkulatorischen Kosten und die inneren Verrechnungen außer Betracht bleiben.

Aufgrund des ab dem Jahr 2009 vorgenommenen Wechsels auf die doppische Buchführung sind ab diesem Zeitpunkt systembedingt alle inneren Verrechnungen sowie die kalkulatorischen Kosten zusammen mit den Bewirtschaftungskosten bei der jeweiligen Kindertagesstätte unter den Sachkonten 481300 und 481310 im Ergebnishaushalt abzurechnen. Zusätzlich sind weitere Positionen, die bisher im Vermögenshaushalt veranschlagt worden sind, im Rahmen der doppischen Buchführung ebenfalls im Ergebnishaushalt zu buchen.

Unter Berücksichtigung dieser stattgefundenen Veränderungen ist der gewünschte Elternentgeltanteil von 30 % nicht mehr haltbar und anzupassen. Es wird daher vorgeschlagen, den Anteil der Elternentgelte künftig auf 25 % zu senken und anhand der Ausgaben des Ergebnishaushalts für die Kindertagesstätten zu errechnen. Dabei werden die besondere Finanzhilfe des Landes für die Freistellung von Elternbeiträgen im letzten Kindergartenjahr und die Zuschüsse für Integrationsgruppen den Elternentgelten zugerechnet. Die Ansätze des Finanzhaushaltes bleiben außer Betracht.

Ausgehend von den Entwurfszahlen für das Haushaltsjahr 2011 und ohne eine Anpassung der Elternentgelte würde mit den inneren Verrechnungen eine Elternquote von 22,99 % erzielt werden.

Die letzte Erhöhung der Kindergartenentgelte wurde zum 1.8.2004 vorgenommen und zwar auf nachfolgende Beträge:

Entgelte für die Regelbetreuung 4 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 81,-- Euro
	2 = 76,-- Euro
	3 = 71,-- Euro
	4 und mehr = 66,-- Euro

Entgelte für die Regelbetreuung 5 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 97,-- Euro
	2 = 92,-- Euro
	3 = 87,-- Euro
	4 und mehr = 82,-- Euro

Entgelte für die Ganztagesbetreuung:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 172,-- Euro
	2 = 162,-- Euro
	3 = 152,-- Euro
	4 und mehr = 142,-- Euro

Entgelte für die Schnuppergruppe:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 33,-- Euro
	2 = 30,-- Euro
	3 = 27,-- Euro
	4 und mehr = 24,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste:

Frühdienst	8,-- Euro
Mittagsdienst	16,-- Euro
Essensgeld für Ganztagesgruppen	43,-- Euro

Seit dem Jahre 2004 sind sowohl die Bewirtschaftungskosten als auch insbesondere die Personalkosten erheblich angestiegen. Ebenso übersteigen die Beschaffungskosten für das Mittagessen inzwischen das bisher hierfür festgelegte Entgelt.

Die gewünschte Elternquote von 30 % konnte trotz dieser gestiegenen Kosten in den vergangenen Jahren durch die Einrichtung und damit verbesserte Förderung von Integrationsgruppen und insbesondere durch die im Jahre 2007 erfolgte Einführung des beitragsfreien letzten Kindergartenjahres erreicht werden. Hierfür wird der Gemeinde ein Betrag von 120,00 Euro monatlich für Halbtagesbetreuung und von 160,00 Euro für Ganztagesbetreuung vom Land gezahlt. Diese Beträge aus der Landesförderung lagen deutlich über den tatsächlich erhobenen Elternentgelten. Durch die Veränderungen infolge der doppelten Buchführung ist dieser Bonus aber aufgezehrt.

Gemäß § 10 KiTaG können die Beiräte der Kindertagesstätten bzw. der Gemeindeelternrat für Kindertagesstätten Vorschläge zur Regelung der Elternentgelte machen. Eine Abstimmung mit den Beiräten zu der vorgeschlagenen Erhöhung ist bisher nicht erfolgt.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Entgeltanpassung würde für die kommunalen Kindergärten Mehreinnahmen im Jahre 2011 in Höhe von rd. 5.300 Euro für das Essensgeld und von rd. 25.000 Euro für Benutzungsentgelte bedeuten.

Anlagen:

- Anlage 1 – Entgeltquote 2011
- Anlage 2 – Übersicht Kindergartenbeiträge Ammerland
- Anlage 3 – Übersicht Krippenbeiträge Ammerland
- Anlage 4 – Übersicht Krippenbeiträge Andere

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2010/198**

freigegeben am 23.11.2010

GB 2

Sachbearbeiter/in: Frau Claudia Menze

Datum: 23.11.2010**Berufung stimmberechtigter Mitglieder in den Schulausschuss****Beratungsfolge:**Status

Ö

Datum

13.12.2010

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

1. Der Elternvertreter, Herr Ingo Reese, wohnhaft Pater-Kolbe-Straße 7 in Rastede, wird als stimmberechtigtes Mitglied in den Schulausschuss berufen.
Herr Andre Hespe, wohnhaft Eichendorffstraße 19 in Rastede, wird als stellvertretender Elternvertreter in den Schulausschuss berufen.
2. Der Schülervertreter, Herr Nikolas Kehmeier, wohnhaft Kortebrügger Straße 17 a in Wiefelstede, wird als stimmberechtigtes Mitglied in den Schulausschuss berufen.
Frau Eva Keding, wohnhaft von-Humboldt-Straße 6 in Rastede, wird als stellvertretende Schülervertreterin in den Schulausschuss berufen.

Sach- und Rechtslage:

In seiner Sitzung am 22.11.2010 hat sich der neu gewählte Gemeindeelternrat konstituiert. Als Vertreter der Elternschaft im Schulausschuss wurde der Vorsitzende des Gemeindeelternrates, Herr Ingo Reese gewählt, als sein Vertreter Herr Andre Hespe.

Die Schülervvertretung der Kooperativen Gesamtschule Rastede hat Herrn Nikolas Kehmeier als neuen Vertreter für den Schulausschuss der Gemeinde Rastede gewählt, als seine Vertreterin Frau Eva Keding.

Die Vorschläge des Gemeindeelternrates und der Schülervvertretung sind für den Schulträger gem. § 110 Nieders. Schulgesetz verbindlich.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Ohne.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2010/140**

freigegeben am 07.09.2010

GB 2

Sachbearbeiter/in: Bernd Gottwald

Datum: 07.09.2010**Schuleinzugsbereiche der Grundschulen Loy und Feldbreite****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.09.2010	Schulausschuss
N	28.09.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Anpassung der Schuleinzugsgebiete Loy und Feldbreite wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Die Errichtung eines Multifunktionsraumes in der Grundschule wird nicht vorgenommen.

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeinde Rastede hatte im Jahr 2009 eine Entwicklungsplanung der Rasteder Grundschulen vorgestellt (Vorlage 2009/050). Hinsichtlich der demografischen Entwicklung war festgestellt worden, dass ein Rückgang der Schülerzahlen bei allen Rasteder Schulen zu verzeichnen ist.

Als problematisch wurde der Einschulungsjahrgang 2011/2012 bei der Grundschule Loy gesehen, da dort insbesondere auf Grund des Baugebietes „Südlich Schlosspark“ die Einzügigkeit überschritten wird. Die Verwaltung wurde deshalb beauftragt, die Änderung der Schulbezirke vorzubereiten.

Hinsichtlich der allgemein rückgängigen Schülerzahlen wurde auf Landesebene überlegt, den Klassenteiler von derzeit 28 Schülern ggfs. abzusenken. Dies ist jedoch für Grundschulen derzeit noch nicht umgesetzt worden.

Nach den aktuellen Anmeldungen ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen ist, dass ohne Änderung des Schuleinzugsbereiches ab 2011 für vier Jahre ein zusätzlicher Klassenraum in Loy notwendig wird.

Grundschule Loy -

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse	Gesamt	AUR
2010	20	20	17	25	82	4
2011	29	20	20	17	86	5
2012	19	29	20	20	88	5
2013	17	19	29	20	85	5
2014	22	17	19	29	87	5
2015	14	22	17	19	72	4
2016	14	14	22	17	67	4

Insofern wurde die Entwicklungsplanung bestätigt.

Es besteht daher weiterhin ein Handlungsbedarf. Eine zeitweise Änderung des Einzugsgebietes für das betreffende Jahr wäre zur Problemlösung ausreichend, allerdings wurde bereits deutlich, dass viele Eltern aus dem Baugebiet südlich Schlosspark den Bezug zum Hauptort und damit zur Grundschule Feldbreite sehen.

Unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Grundschule Loy und der geäußerten Forderung aus dem Bereich der Bürger aus dem Gebiet „Südlich Schlosspark“ ist deshalb überlegt worden, beiden Bereichen hinreichend gerecht zu werden.

Schülerinnen und Schüler aus dem Gebiet "Südlich Schlosspark" (ab Schuljahr 2011/12)

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse	Gesamt
2011	10				10
2012	7	10			17
2013	5	7	10		22
2014	9	5	7	10	31
2015	6	9	5	7	27
2016	5	6	9	5	25

Derzeit stammen pro Jahrgang etwa 5 bis 10 Kinder aus dem Gebiet südlich Schlosspark, die bei einem Wechsel komplett an der Grundschule Feldbreite beschult werden müssen. Es wird anhand der unten stehenden Grafik deutlich, dass diese Schülerinnen und Schüler dort untergebracht werden können und noch eine Reserve verbleibt.

GS Feldbreite mit Südlich Schlosspark

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse	Gesamt	max. 8 AUR
2011	52	47	47	46	192	8
2012	43	52	47	47	189	8
2013	38	43	52	47	180	8
2014	48	38	43	52	181	8
2015	38	48	38	43	167	8
2016	21	38	48	38	145	7

Bei der Grundschule Loy würde sich die komplette Herausnahme des Bereichs südlich Schlosspark wie folgt auswirken:

GS Loy ohne Südlich Schlosspark

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse	Gesamt	AUR
2011	19	20	20	17	76	4
2012	12	19	20	20	71	4
2013	12	12	19	20	63	3
2014	13	12	12	19	56	3
2015	8	13	12	12	45	2
2016	9	8	13	12	42	2

Zunächst würde der Bedarf eines zusätzlichen Klassenraumes für vier Jahre vermieden werden. Danach zeichnet sich in den folgenden Jahren eine Zusammenlegung von Klassen ab, da diese nach den Landesvorgaben zusammenzulegen sind, wenn die Schülerzahl über mehrere Jahrgänge 26 in der Summe unterschreitet.

In der vorstehenden Tabelle sind ggfs. noch zu erwartende Zugänge aus dem Baugebiet „Denkmalsweg“ und weitere Bebauungen unberücksichtigt geblieben, da deren Anzahl unbekannt ist. Diese werden sich positiv auf die Schülerzahlen der Grundschule Loy auswirken.

Schuleinzugsbereiche sind vom Schulträger präzise festzulegen. Es wurde jedoch überlegt, ob für den Bereich „Südlich Schlosspark“ die Möglichkeit eingeräumt werden könnte, den Eltern in diesem Gebiet ein Wahlrecht einzuräumen, ob das Kind an der Grundschule Loy oder an der Grundschule Feldbreite beschult werden soll.

Aus den Gesprächen mit Grundstücksinteressenten ist sicher, dass sich ein nicht unerheblicher Teil an die Grundschule Feldbreite orientieren wird. Es wird wegen des ebenfalls guten Angebots an der Grundschule Loy aber davon auszugehen sein, dass die Wahlmöglichkeit nicht für alle Schülerinnen und Schüler aus dem Bereich „Südlich Schlosspark“ genutzt werden wird. Wie die tatsächliche Auslastung der beiden Grundschulen bei Einräumung des Wahlrechtes erfolgen wird, bleibt abzuwarten.

Bekanntlich wurde die Entscheidung über den Antrag der Grundschule Loy auf Errichtung eines Mehrzweckraumes zurückgestellt. Hintergrund war, dass eine endgültige Entscheidung über den Einzugsbereich ausstand. Insofern könnte nun in diesem Zusammenhang entschieden werden.

Die Schülerzahlen sind in Loy trendgemäß rückläufig. Auch wenn das Baugebiet „Denkmalsweg“ sich ggfs. noch positiv auf die Schülerzahlen in Loy auswirkt, ist dort mittelfristig von einer Zusammenlegung von Klassen auszugehen.

Die Größenordnung ist hinsichtlich des oben beschriebenen Wahlrechtes unklar. Wahrscheinlich ist jedoch eine Zusammenlegung von Jahrgängen spätestens ab 2015, weshalb von einem Anbau eines Mehrzweckraumes abzuraten ist. Vielmehr wird ein ehemaliger Klassenraum dann als Mehrzweckraum der Grundschule Loy zur Verfügung stehen.

Sollte entgegen dieser Annahme eine Zusammenlegung mittelfristig nicht stattfinden, ist die Einrichtung eines Mehrzweckraumes in Loy ebenfalls nicht erforderlich, da an der Grundschule Wahnbek bereits ein Werkraum vorgehalten wird, der nicht ausgelastet ist und in Abstimmung mit der Grundschule Wahnbek genutzt werden kann. Es steht der Grundschule Loy diese Möglichkeit frei, diese bereits angebotene Option in den Unterricht zu integrieren und - ähnlich dem Schwimmunterricht - wahrzunehmen.

Ebenfalls könnte man in Wahnbek bei dieser Gelegenheit zusätzlich die Schulküche nutzen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Satzungsentwurf

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2010/202**

freigegeben am 29.11.2010

GB 2

Sachbearbeiter/in: Frau Vievien Padecken

Datum: 29.11.2010**Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2011****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	07.12.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Das Gebiet der Gemeinde Rastede wird für die Kommunalwahl 2011 in zwei Wahlbereiche eingeteilt.

Die Abgrenzung der Wahlbereiche wird gegenüber der Kommunalwahl 2006 nicht verändert und gemäß Anlage 1 zu dieser Vorlage festgelegt.

Sach- und Rechtslage:

Durch Verordnung vom 26.07.2010 hat die Niedersächsische Landesregierung festgelegt, dass die kommunalen allgemeinen Neuwahlen der Ratsfrauen und Ratsherren in den Gemeinden und Samtgemeinden, der Kreistagsabgeordneten und der Regionsabgeordneten am 11. September 2011 stattfinden.

Der Niedersächsische Landtag hat am 09.11.2010 das „Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher Bestimmungen“ verabschiedet, welches am 19.11.2010 in Kraft getreten ist.

Wesentliche Änderungen des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes und der Niedersächsischen Kommunalwahlordnung sind:

- Wegfall der Stichwahl
- Veränderte Vorgaben für die Einteilung des Wahlgebietes in Wahlbereiche
- Ergänzung zur Frage der Feststellung von Ersatzpersonen bei wahlbereichsübergreifendem Nachrücken
- Harmonisierung mit bundeswahlrechtlichen Veränderungen
(Vereinfachung der Verfahren zur Erteilung von Wahlscheinen und zur Aushändigung von Wahlscheinen mit Briefwahlunterlagen an andere als die Wahlberechtigten, Regelungen zur Vermeidung unzureichender Wahlscheinanträge, zur Parteizugehörigkeit von Parteibewerbern auf Wahlvorschlägen, Klarstellung für die Fristenberechnung zur Wahlberechtigung)

Die Änderungen sind bereits bei der Kommunalwahl 2011 zu berücksichtigen.

Wahlbereich/e

Gemäß § 7 Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz (NKWG) wird die Kommunalwahl in sogenannten Wahlbereichen durchgeführt. Gemäß § 7 Abs. 3 NKWG können Wahlgebiete, in denen die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter mindestens 34 und höchstens 39 beträgt, in zwei Wahlbereiche eingeteilt werden. Die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter beträgt in der Gemeinde Rastede 34.

Insofern besteht für die Gemeinde Rastede nun das Wahlrecht, entweder das Gemeindegebiet in zwei Wahlbereiche einzuteilen oder für das gesamte Gemeindegebiet einen einheitlichen Wahlbereich zu bilden. In der Vergangenheit wurden stets 2 Wahlbereiche gebildet, was der damaligen Mindestzahl der Wahlbereiche nach § 7 Abs. 4 NKWG (alt) entsprach. Im Jahr 2006 erfolgte zuletzt eine kleine Änderung des Grenzverlaufes der Wahlbereiche.

Sofern man der Variante A (Einteilung in zwei Wahlbereiche) folgt, ist der Vollständigkeit halber festzustellen, dass die örtlichen Verhältnisse gemäß § 7 Abs. 6 NKWG bei der Abgrenzung der Wahlbereiche zu berücksichtigen sind. Die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungsanzahl der Wahlbereiche soll nicht mehr als 25 % nach oben oder unten betragen.

Im Wahlbereich Nord wurde mit Stichtag von 01.07.2010 eine Bevölkerungszahl in Höhe von 9.782 Einwohnern festgestellt. Der größere Wahlbereich Süd hat eine Bevölkerungsanzahl in Höhe von 10.821 Einwohnern. 10.821 Einwohner zu 9.782 Einwohner steht im Verhältnis 52,52 / 47,48. Somit beträgt der Unterschied prozentual lediglich 5,04 %-punkte. Somit wäre die gesetzliche Schwankungsbreite eingehalten und die Wahlbereiche wären nicht zu ändern.

Eine Begutachtung der Gewichtung der einzelnen Wahlbereiche kann bei Variante B entfallen.

Wahlbezirke

Die Wahlbereiche werden von der Gemeinde in mehrere Wahlbezirke unterteilt. Hinsichtlich der Sicherstellung der geheimen Wahl ist die Größe der Wahlbezirke wichtig. In den Wahlgesetzen wird die maximale Größe eines Wahlbezirkes mit 2.500 Wahlberechtigten definiert. Um den Grundsatz der geheimen Wahl zu beachten, darf die Zahl der Wahlberechtigten eines Wahlbezirkes jedoch nicht so gering sein, dass erkennbar wird, wie Wählergruppen oder gar einzelne Wahlberechtigte gewählt haben. Wie aus Bekanntmachungen des Landeswahlleiters ersichtlich, ist als Untergrenze die Anzahl von 50 Wählern (nicht Wahlberechtigten) ausschlaggebend.

Da man von der Anzahl der tatsächlich abgegebenen Stimmen ausgehen muss, ist die Anzahl der Wahlberechtigten anhand der geringsten Wahlbeteiligung (Europawahl 2009 rd. 41%) hochzurechnen. Es ergibt sich eine ungefähre Minimalgröße eines Wahlbezirkes von 122 Wahlberechtigten.

Die beiden Wahlbereiche (Nord und Süd) sind bisher eingeteilt in insgesamt 24 Wahlbezirke (1-12 und 20-31). Einige der Wahlbezirke haben weniger als 500 Wahlberechtigte, ein Wahlbezirk sogar weniger als 100 Wahlberechtigte, daher sind diese kleineren Wahlbezirke zu mehreren größeren zusammenzufügen.

Folgender Wahlbezirk ist unter der Anforderungsgrenze:

Wahlbezirk 29: Ipwegermoor mit derzeit 96 Wahlberechtigten.

Dieser Wahlbezirk wird geändert / zusammengelegt, da sich mit nur 96 Wahlberechtigten die Frage des Grundsatzes des Wahlgeheimnisses stellt. Hier bietet sich eine Zusammenlegung mit dem Wahlbezirk 28 Ipwege an. Der Wahlvorstand von Ipwegermoor hatte bei den letzten beiden Wahlen bereits von sich aus eine Zusammenlegung angesprochen.

Weitere grenzwertige Wahlbezirke:

Auch bei den folgenden Wahlbezirken bietet sich eine Zusammenlegung an, da die Anzahl der Wahlberechtigten sehr gering ist:

Wahlbezirk 11: Wapeldorf mit derzeit 182 Wahlberechtigten

Wahlbezirk 5: Delfshausen mit derzeit 290 Wahlberechtigten

Wahlbezirk 6: Kleibrok – Lehmdermoor mit derzeit 295 Wahlberechtigten

Insofern werden diese Wahlbezirke im Benehmen mit den jeweiligen Wahlvorständen wie folgt zusammengefasst:

Wahlbezirk 5 Delfshausen und 6 Kleibrok – Lehmdermoor werden zu einem Wahlbezirk zusammengefasst. Dieser neue Wahlbezirk hätte dann 585 Wahlberechtigte.

Wahlbezirk 11 Wapeldorf wird mit 10 Bekhausen zusammengelegt werden. Dieser Wahlbezirk hätte dann 695 Wahlberechtigte.

Zerlegen/Aufteilen der größeren Wahlbezirke:

Bei den Nachbargemeinden werden die Wahlbezirke zu je rund 800 Wahlberechtigte eingeteilt. Dies erzielt, wie bei den vorherigen Wahlen zu sehen, den Effekt, dass die Wahlergebnisse zügiger festgestellt und an die entsprechenden Stellen weitergeleitet werden können. Die Gemeinde Rastede hat bei den vergangenen Wahlen stets als letzte Kommune aus dem Kreisgebiet die Wahlergebnisse zum Landkreis Ammerland bzw. zur Stadt Oldenburg melden können.

Folgende größere Wahlbezirke werden daher in kleinere Wahlbezirke aufgeteilt:

Wahlbezirk 001 Rastede mit 1287 Wahlberechtigten:

Aufteilung in 2 Wahlbezirke zu je 513 / 774 Wahlberechtigten.

Wahlbezirk 002 Rastede Kleibrok mit 1395 Wahlberechtigten:

Aufteilung in 2 Wahlbezirke zu je 801 / 594 Wahlberechtigten.

Wahlbezirk 003 Rastede Hankhausen mit 1188 Wahlberechtigten:

Aufteilung in 2 Wahlbezirke zu je 584 / 604 Wahlberechtigten.

Wahlbezirk 021 Südende I mit 1222 Wahlberechtigten:

Aufteilung in 2 Wahlbezirke zu je 501 / 721 Wahlberechtigten.

Wahlbezirk 031 Wahnbeek Süd mit 1284 Wahlberechtigten:

Aufteilung in 2 Wahlbezirke zu je 611 / 673 Wahlberechtigten.

Eine Auflistung über die sich ergebende Einteilung der Wahlbezirke liegt als Anlage 2 bei.

Sofern weiterhin zwei Wahlbereiche bestehen sollen, werden die Wahlbezirke zur besseren Übersichtlichkeit zukünftig mit „N“ für die Wahlbezirke, die sich im Wahlbereich Nord und „S“ für die Wahlbezirke, die sich im Wahlbereich Süd befinden, ergänzend zur Nummer benannt. Bei nur einem Wahlbereich würde der Zusatz „N“ bzw. „S“ entfallen.

Finanzielle Auswirkungen:

Erfrischungsgelder:

Die jetzigen 24 Wahlbezirke haben jeweils 8 Wahlhelfer. Jeder dieser Wahlhelfer erhält für die ehrenamtliche Tätigkeit ein Erfrischungsgeld in Höhe von 25,- € Dies ergibt Kosten für Erfrischungsgelder für einen Wahltag in Höhe von 4.800,- € Eine Neueinteilung nach den vorstehenden Planungen wird Mehrkosten bei den Erfrischungsgeldern in Höhe von 400,- € je Wahltag auslösen.

Verteilung der Wahlunterlagen:

Die Verteilung der Wahlunterlagen an die 24 Wahllokale wird durch den Bauhof der Gemeinde Rastede vorgenommen. Dieser wird durch die Verteilung der Wahlunterlagen etc. für zwei zusätzliche Wahllokale einen größeren Aufwand in Rechnung stellen.

Anlagen:

Anlage 1 – Abgrenzung Wahlbereiche für Variante A

Anlage 2 – Liste mit den Wahlbezirken und Wahllokalen

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/126

freigegeben am 18.08.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 18.08.2010**Darlehensaufnahme aus der Kreisschulbaukasse****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	07.09.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Aufnahme der nachstehenden Darlehen aus der Kreisschulbaukasse wird zugestimmt.

Maßnahme	Darlehen KSBK
KGS Rastede (Gebäude Feldbreite) Einbau einer Sonnenschutzanlage	28.600 €
KGS Rastede (Gebäude Feldbreite) Einrichtung einer Schulküche	37.700 €
KGS Rastede (Grundstück Feldbreite) Errichtung einer Schulsportanlage	298.400 €
Insgesamt:	364.700 €

Die Darlehen sind zinslos und in 20 Jahren zurückzuzahlen.

Sach- und Rechtslage:

Der Landkreis Ammerland hat für drei Maßnahmen zinslose Darlehen aus der Kreisschulbaukasse bis zu einer Höhe von insgesamt 364.700 € gewährt. Eine endgültige Festsetzung der Höhe des jeweils tatsächlich gewährten Darlehens erfolgt durch den Landkreis Ammerland nach Vorlage eines Verwendungsnachweises.

Die Darlehen sind ab dem Jahr nach der Auszahlung mit 5 v.H. der ursprünglichen Darlehenssumme zu tilgen. Aufgrund der Liquidität der Kreisschulbaukasse kann sich die Auszahlung der Darlehen verzögern.

Finanzielle Auswirkungen:

Vorausgesetzt der Gesamtbetrag der Darlehen in Höhe von 364.700 € wird im Jahre 2011 ausgezahlt, dann ist ab dem Jahr 2012 mit einer zusätzlichen Tilgungsrate in Höhe von 18.235 € jährlich zu rechnen.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/200

freigegeben am 24.11.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 24.11.2010

Haushalt 2008 - Beschluss über die Jahresrechnung 2008, Entlastung des Bürgermeisters

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	07.12.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 wird mit einem Ergebnis in der Einnahme und in der Ausgabe i. H. v. jeweils 33.697.661,31 Euro beschlossen.
2. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2008 Entlastung erteilt.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 100 Abs. 3 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO – in der derzeit gültigen Fassung i. V. mit dem Beschluss des Rates vom 21.02.2006 zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts) stellt der Bürgermeister als Hauptverwaltungsbeamter die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung fest.

Die Jahresrechnung wird zusammen mit dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Jahresrechnung 2008 und der Stellungnahme des Bürgermeisters zum Prüfungsbericht dem Rat vorgelegt. Der Rat beschließt gemäß § 101 Abs. 1 S. 1 NGO über die Jahresrechnung und entscheidet zugleich über die Entlastung des Bürgermeisters. Die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung 2008 können dem als Anlage beigefügten Rechenschaftsbericht entnommen werden.

Die Jahresrechnung ist nebst Anlagen dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Ammerland zur Prüfung vorgelegt worden. Die einzelnen Prüfbemerkungen sind dem anliegenden Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 zu entnehmen. Auch die verwaltungsseitige Stellungnahme zum Prüfbericht ist als Anlage beigefügt.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass sich hinsichtlich der Prüfung der Jahresrechnung 2008 keine Gründe ergeben haben, die der vorgeschlagenen Beschlussfassung über die Jahresrechnung sowie der Entlastung des Bürgermeisters als Hauptverwaltungsbeamten durch den Rat der Gemeinde Rastede gemäß § 101 Abs. 1 NGO entgegenstehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Anlage 1: Vermerk über die Vollständigkeit

Anlage 2: Rechenschaftsbericht

Anlage 3: Prüfbericht RPA

Anlage 4: Stellungnahme zum Prüfbericht

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/148

freigegeben am 16.09.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 16.09.2010

Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	09.11.2010	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	23.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnende Einrichtung „Straßenreinigung“ folgender Gebührensatz ab 2011 festgelegt wird:

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung beträgt 16,50 Euro.

Sach- und Rechtslage:**Vorbemerkung**

Wie in der Vorlage Nr. 2010/147 bereits erwähnt, kann für die Jahre 2009 und 2010 noch kein endgültiges Ergebnis der Kostenrechnung Straßeneinigung vorgelegt werden. Es wurde jedoch für die genannten Jahre eine Nachkalkulation durchgeführt.

Für die Kalkulation des Gebührensatzes 2011 wurden die Ertrags- und Aufwendungsansätze zum Produkt P1.06.00.545100/Kostenstellen „Straßenreinigung“ zugrunde gelegt. Änderungen, die sich während der Aufstellungsphase des Haushaltsplanes 2011 noch ergeben, konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Als Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr 2011 stehen das Ergebnis der Kostenrechnung 2008 und die Nachkalkulationen der Jahre 2009 und 2010 zur Verfügung. Bei der Nachkalkulation für 2009 handelt es sich um tatsächlich entstandene Aufwendungen und Erträge bis auf die Regiekosten, die als Plansummen eingerechnet werden mussten, weil für 2009 noch keine „Ist-Verteilung“ der Regiekosten auf die Produkte vorgenommen werden konnte. Um die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2008 bis 2011 besser vergleichen zu können, wurden sie zu den folgenden Positionen gegenübergestellt.

Deponiekosten

Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Kalkulation 2011
2096,48 €	1.994,14 €	2.000 €	16.000 €

Die Deponiekosten sind in der Gesamtsumme für die Jahre 2008 bis 2010 konstant. In der Kalkulation für 2011 steigen sie auf 16.000 € an.

Bislang konnte das Kehrgut durchgesiebt und das Laub durch eine Fremdfirma auf landwirtschaftlich genutzte Flächen ausgebracht werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 2.000 €. Der Landkreis hat mit Rechtsgutachten darauf hingewiesen, dass es nicht erlaubt ist, das Kehrgut nach wieder verwertbaren Gütern (Laub) durchzusieben. Die Gemeinden sind verpflichtet, das gesamte Kehrgut über die Deponie zu entsorgen. Diese Gesamtkosten (Fahrtkosten und Deponiekosten) wurden für das Jahr 2011 auf 16.000 € geschätzt.

Verwaltungskosten (Lohn- und Gehaltskosten)

Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Kalkulation 2011
6.176,68 €	6.540,51 €	7.000 €	7.100 €

Grund für die Steigerung der Lohn- und Gehaltskosten sind die Tarifvereinbarungen, die eine Anhebung der Personalkosten 2008 bis 2011 vorsehen.

Persönliche und sächliche Kosten des Bauhofes (Reinigungskosten)

Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Kalkulation 2011
1.442,51 €	0,-- €	2.500 €	2.500 €

Der Gemeinde obliegt nach der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung auch die Reinigungspflicht für Radwege entsprechend dem Straßenverzeichnis A. Da diese Reinigungspflicht nicht auf die Eigentümer bzw. auf die Fremdfirma übertragen wurde, werden im Herbst die Radwege bei Bedarf mit einem Kehrfahrzeug des Bauhofes von Laub und Schmutz befreit. Zusätzlich nimmt der Bauhof bei Bedarf Nachreinigungen vor, wo die Kehrmaschine der Fremdfirma die Reinigung nicht im vollen Umfange leisten kann.

Im Ergebnis 2008 und in der Nachkalkulation 2009 sind für die vorgenannten Reinigungsarbeiten durch den Bauhof insgesamt 2.200 € inkalkuliert worden, aber tatsächlich sind im Haushaltsjahr 2008 insgesamt 1.442,51 € und 2009 keine Aufwendungen angefallen. Für die Nachkalkulation 2010 und die Gebührenkalkulation 2011 wurden nach dem Entwurf des Wirtschaftsplanes des Bauhofes jeweils ein Betrag in Höhe von 2.500 € berücksichtigt.

Reinigung der Straßeneinlaufschächte

Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Kalkulation 2011
5.713,49 €	2.856,74 €	5.713,49 €	5.713,49 €

Die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“ hat die Aufgabe, die Straßen in einem sauberen und sicher benutzbaren Zustand zu halten. Hierzu gehört das Fegen der Straßenoberfläche, das einerseits dazu dient, die Straßen in einem sauberen und sicher benutzbaren Zu-

stand zu halten, aber andererseits wird auch gewährleistet, dass das Oberflächenwasser zügig ablaufen kann. Bei Verschmutzungen der Straßeneinlaufschächte durch Laub oder Sand kann das Oberflächenwasser nicht ablaufen, und es besteht z. B. die Gefahr des Aquaplanings. Die Straßeneinlaufschächte sind Bestandteil der Straße, jedoch steht die Reinigung der Schächte auch im Dienst der Einrichtung Straßenreinigung. Die Kosten für die Reinigung der Straßeneinlaufschächte werden daher zu 50 % in die Kostenrechnung „Öffentliche Einrichtung Straßenreinigung“ und zu 50 % in die Kostenrechnung „zentrale Abwasserbeseitigung Niederschlagswasser“ (z. Zt. noch keine Gebührenerhebung) eingerechnet.

Die Straßeneinlaufschächte sollten jährlich zweimal gereinigt werden. Dies wurde im Jahre 2009 nicht eingehalten, daher wurde auch nur die Hälfte der Kosten in Rechnung gestellt. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass es unerlässlich ist, zweimal im Jahr eine Reinigung der Straßeneinlaufschächte vorzunehmen. Aus diesem Grunde wurden in der Nachkalkulation 2010 und in der Kalkulation für 2011 die Kosten für zwei Reinigungsvorgänge zugrunde gelegt. Da sich die Anzahl der gebührenrelevanten Straßeneinlaufschächte bislang nicht verändert und die Reinigungsfirma die Kosten für die Reinigungsarbeiten nicht erhöht haben, wurde in der Nachkalkulation 2010 und in der Gebührenberechnung 2011 mit gleichen Beträgen kalkuliert.

Regiekosten

Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Kalkulation 2011
6.000 €	11.100 €	11.100 €	11.100 €

Mit Einführung der Doppik wurde die Regiekostenberechnung auf eine andere Berechnungsgrundlage gestellt. Bei dem Betrag in Höhe von 11.100 € in den Nachkalkulationen 2009 und 2010 handelt es sich noch um jährliche Planungskosten auf neuer Berechnungsbasis. Da das Vermögen für die erste Eröffnungsbilanz noch nicht vollständig aufgenommen wurde, konnten bislang für 2009 auch noch keine Abschreibungen gebucht werden. Bevor die Abschreibungen nicht gebucht wurden, stehen die Produktkosten noch nicht fest und eine „Ist-Verteilung“ der Regiekosten auf die entsprechenden Produkte ist demzufolge noch nicht möglich.

Reinigungskosten

Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Kalkulation 2011
47.805,49 €	47.405,47 €	50.000 €	50.000 €

Ab 2006 wurde der Reinigungsintervall nicht mehr geändert. Im Ergebnis 2008 sowie in der Nachkalkulation 2009 handelt es sich um tatsächlich angefallene Reinigungskosten durch eine Fremdfirma.

Der Vertrag mit der Reinigungsfirma wurde für eine Dauer von zwei Jahren (bis 31.12.2007) abgeschlossen. Eine Vertragsverlängerung von jeweils einem Jahr ist möglich. Bislang hat die Reinigungsfirma keine Mehrkosten (Nebenkostenpauschale aufgrund von tariflichen Lohn- oder Dieselmkraftstoffpreisänderungen) der Gemeinde Rastede in Rechnung gestellt. Somit wurde vorsichtshalber für das Jahr 2010 mit einem Betrag in Höhe von 50.000 € nachkalkuliert bzw. für 2011 kalkuliert.

Allgemeinkostenanteil

	Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Kalk. 2011
Gesamtkosten	69.234,65 €	71.395,85 €	78.313,48 €	92.413,48 €
15%ige Anteil	10.385,20 €	10.709,38 €	11.747,02 €	13.862,02 €
10%ige Anteil	6.923,46 €	7.139,59 €	7.831,35 €	9.241,35 €
Gebührenrelevante Kosten	51.925,99 €	53.546,88 €	58.735,11 €	69.310,11 €

Hier geht es um einen Abzug in Höhe von insgesamt 25 % der Gesamtkosten. Der Abzug basiert auf der Rechtsprechung. An den Prozentsätzen in Höhe von 15 % (Kosten für die Reinigung der Öffentlichkeit zugänglichen Park- und Grünanlagen, sowie Straßenkreuzungen und -einemündungen, Verkehrsinseln usw.) und von 10 % (Straßenreinigung im Interesse des Durchgangsverkehrs) haben sich keine Änderungen ergeben.

Die gebührenrelevanten Kosten steigen einerseits durch die Neuberechnung der Regiekosten und andererseits durch die einkalkulierten Mehrausgaben für eine evtl. Nebenkostenerhöhung (tarifliche Lohn- oder Dieselmotorenkraftstoffpreisänderung lt. Reinigungsvertrag) der zu reinigenden Firma. Darüber hinaus steigen in der Kalkulation für 2011 die gebührenrelevanten Kosten erheblich durch die Deponiekosten für die Entsorgung des kompletten Kehrgutes.

In der Nachkalkulation für 2009 sind die gebührenrelevanten Kosten geringer als in der Nachkalkulation 2010, da die Reinigung der Straßeneinlaufschächte nur einmal vorgenommen wurde und es keine Kosten für die Radwegreinigung und die punktuelle Reinigung durch den Bauhof angefallen sind.

Kalkulation der Gebühr 2011

Grundlage für die Ermittlung der Straßenreinigungsgebühr sind die Gebühreneinheiten. Für das Ergebnis 2008 wurden insgesamt 4.211 und für 2009 4.204 Gebühreneinheiten ermittelt. In der Nachkalkulation 2010 und in der Gebührenberechnung 2011 wurde von 4.201 Gebühreneinheiten (lt. Hochrechnung 2010) zugrunde gelegt.

	Ergebnis 2008	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010
Gebührensatz	13,50 €	11,80 €	13,50 €
Gebührenaufkommen	54.209,40 €	47.405,47 €	54.238,95 €
Geb.-relevante Kosten	51.925,99 €	53.546,88 €	58.735,11 €
Überschuss/Defizit:	2.283,41 €	-6.141,41 €	-4.496,16 €
Fortschreibung Überschuss/Defizit	13 582,55 €	7.441,14 €	2.944,98 €

Das kumulierte Gesamtergebnis am 31.12.2007 der Kostenrechnungen Straßenreinigung betrug insgesamt 11.299,14 € zuzüglich des Überschusses aus dem Ergebnis 2008 in Höhe von 2.283,41 € ergibt sich zum 31.12.2008 ein kumuliertes Gesamtergebnis in Höhe von 13.582,55 €

Im Jahre 2009 wurde der Gebührensatz von 13,50 € auf 11,80 € festgesetzt, um den fortgeschriebenen Überschuss der Vorjahre wegen einer geplanten Neuordnung der Straßenreinigung komplett abzubauen. Der Überschuss konnte in der Nachkalkulation 2009 rechnerisch auf 7.441,14 € gesenkt werden.

Für das Jahr 2010 wurde der Gebührensatz wieder auf 13,50 € angehoben, weil es zu einer Neuordnung der Straßenreinigung nicht gekommen ist. Jedoch das voraussichtliche Gebührenaufkommen in Höhe von 54.238,95 € wird die nachkalkulierten gebührenrelevanten Kosten in Höhe von 58.735,11 € nicht decken können. Rechnerisch ergibt sich ein Defizit in Höhe von 4.496,16 €. Dies Defizit ist durch die höheren berechneten Regiekosten begründet. Die 2010 wegen der Komplettdeponierung gestiegenen Deponiekosten sind in der Nachkalkulation 2010 nicht berücksichtigt worden, weil diese Kosten nicht absehbar und damit nicht kalkulierbar waren. Ab 2011 sind diese Mehrkosten als reguläre Kosten bei der Gebührenberechnung zu berücksichtigen. Die Nachkalkulation 2010 wird voraussichtlich rechnerisch einen kalkulierten Gesamtüberschuss von 2.944,98 € ausweisen.

Mit Einbeziehung des vorgenannten rechnerisch nachkalkulierten Überschusses zum 31.12.2010 betragen die gebührenrelevanten Kosten in der Gebührenberechnung 2011 insgesamt 66.365,14 €. Um diese gebührenrelevanten Kosten zu decken, wurde eine Gebühr von 16,52 € (Komplettabbau des Überschusses) ausreichend sein. Ohne Berücksichtigung des kalkulierten Überschusses betragen die gebührenrelevanten Kosten insgesamt 69.310,11 € und der Gebührensatz müsste 17,24 € betragen.

Von der Verwaltung wird vorgeschlagen, den Gebührensatz für die Straßenreinigungsgebühr für das Haushaltsjahr 2011 auf 16,50 € fest zu setzen. Bei einer Straßenreinigungsgebühr in Höhe von 16,50 € sind Einnahmen in 2011 von 68.300,90 € zu erwarten.

Überblick über die Gebührensätze:

2006	2007	2008	2009	2010	2011
13,50 €	13,50 €	13,50 €	11,80 €	13,50 €	16,50 €

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Anlage 1 – Berechnung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/152

freigegeben am 17.09.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 17.09.2010

Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt" in der Gemeinde für 2011

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	09.11.2010	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	23.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Gebührensatz wird für das Jahr 2011 nicht verändert.

Sach- und Rechtslage:

Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung „Wochenmarkt“ in der Gemeinde Rastede für 2011 mit Blick auf das Ergebnis 2008 und die Nachkalkulationen 2009 und 2010

Allgemeines

Die Gemeinde Rastede betreibt eine öffentliche Einrichtung „Wochenmarkt“. Für die Teilnahme am Wochenmarkt werden auf Grundlage einer Satzung Gebühren festgesetzt. Ab 2011 ist eine neue Gebühr zu kalkulieren. Als Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr stehen das Ergebnis 2008, Gebührenfestsetzung 2009, sowie die Nachkalkulationen 2009 bis 2010 zur Verfügung.

Bei der Nachkalkulation 2009 handelt es sich um tatsächlich entstandene Aufwendungen und Erträge bis auf die Regiekosten und die Abschreibungen für die „Öffentliche Toilette“. Hier wurden die Planungskosten zugrunde gelegt, da bei den Abschreibungen für 2009 noch die „Ist-Buchungen“ und bei den Regiekosten noch die „Ist-Verteilung“ der Regiekosten auf die Produkte vorgenommen werden müssen.

Um die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2008 bis 2011 besser vergleichen zu können, wurden sie gegenübergestellt.

Entwicklung der Aufwendungen für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen

	Ergebnis	Kalkulation	Nach- kalkulation	Nach- kalkulation	Kalkulation
	2008	2009	2009	2010	2011
Frischwasser	1,80 €	1,80 €	1,80 €	1,80 €	1,80 €
Abwassergebühren	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Stromkosten	1.486,45 €	1.200,00 €	1.206,51 €	1.200,00 €	1.200,00 €
Heizkosten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Abfallbeseitigung	3.750,00 €	3.750,00 €	3.750,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €
Kosten Verlegung Markt- platz	200,37 €	300,00 €	157,08 €	300,00 €	400,00 €
Grundsteuer	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Miete Marktplatz	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Bekanntmachungskosten	120,49 €	150,00 €	86,82 €	150,00 €	150,00 €
Regiekosten/ Umlage	8.522,48 €	11.389,20 €	11.389,20 €	11.183,60 €	11.200,00 €
Personalk. Verw./ direkte Buchung	3.724,28 €	4.984,00 €	4.796,86 €	5.000,00 €	5.100,00 €
Personalk. Verw./ Um- lagen Löhne	897,87 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Öffentl. Toilette	1.130,29 €	1.100,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €
insgesamt:	19.834,04 €	22.875,00 €	22.388,27 €	22.835,40 €	23.051,80 €

Das Ergebnis der Kostenrechnung 2008 wurde vom Rat in der Sitzung am 15.12.2009 (Vorlage 2009/199) bereits zur Kenntnis genommen. Es wurde in der oben aufgeführten Tabelle zum Vergleich noch einmal aufgeführt. Die tatsächlich entstandenen Stromkosten fallen zwischen dem Ergebnis 2008 (1.486,45 €) und den tatsächlich entstandenen Kosten in der Nachkalkulation für 2009 (1.206,51 €) um 279,94 € geringer aus. Worin die Gründe für die Stromverbraucherschwankungen liegen, lässt sich mit verhältnismäßigem Aufwand z. Zt. nicht ergründen.

Bei den Kosten der Abfallbeseitigung sind in der Nachkalkulation 2010 und in der Kalkulation 2011 Mehrausgaben in Höhe von 250 € kalkuliert worden. Verantwortlich für die Mehrausgabe ist die Erhöhung der Löhne aufgrund von Tarifvereinbarungen. Durch die Erhöhung des Stundenlohnes werden diese Mehrkosten vom Bauhof in Rechnung gestellt.

Obwohl in der Satzung geregelt ist, dass der Standplatz von den Marktbeziehern nach Marktschluss zu säubern und in einem ordentlichen Zustand zu verlassen ist, hat sich herausgestellt, dass die Marktbezieher der Satzungsregelung nicht voll nachkommen. Somit ist eine Reinigung des Marktplatzes durch den Bauhof der Gemeinde Rastede weiterhin erforderlich.

Die Aufwendungen für die Verlegung des Marktplatzes mit den dazu gehörigen Bekanntmachungskosten sind schlecht zu schätzen, da im Voraus nicht zu erkennen ist, wie oft der Marktbetrieb auf einen anderen Platz umgelegt werden muss, weil am Wochenmarkttag auf dem Marktplatz eine andere Veranstaltung stattfindet.

Für die Verlegung des Marktplatzes wurden für 2009 insgesamt 300 € einkalkuliert, aber tatsächlich nur 157,08 € ausgegeben. Für 2010 wurde nochmals 300 € und für 2011 vorsichtshalber ein Betrag in Höhe von 400 € einkalkuliert. Unter anderem stellt auch der Bauhof Kosten für notwendige Absperrungen in Rechnung, wenn der Wochenmarkt verlegt werden muss.

Bei den Regiekosten handelt es sich um Planungskosten. Sie sind ab dem Jahre 2009 deutlich gestiegen. Mit der Umstellung auf das neue Haushaltsrecht (Doppik) hat sich die Berechnung der Regiekosten grundlegend geändert. Die Planungskosten ab 2009 für die Regieprodukte Gemeindeorgane, Gleichstellung, Finanzverwaltung, Personalangelegenheiten und Organisation werden nach verschiedenen Verteilungsschlüsseln auf alle anderen Produkte umgelegt, somit auch auf das Produkt „Wochenmarkt“.

Die Personalkosten werden ab 2009 direkt bei dem Produkt „Wochenmarkt“ nachgewiesen. Grund für die Steigerung der Lohn- und Gehaltskosten sind die Tarifvereinbarungen, die eine Anhebung der Personalkosten 2009 bis 2011 vorsehen.

Unter der Position „Öffentliche Toilette“ werden die anteiligen Kosten für die Benutzung der „Öffentlichen Toilette“ auf dem Marktplatz berücksichtigt. Bei dieser Position handelt es sich um Planungskosten. Das Produkt „Öffentliche Toiletten“ (WC Marktplatz, WC Denkmalsplatz und WC Rennplatz) hat auch anteilige Regiekosten und Abschreibungen zu übernehmen.

Da die Abschreibungen und Regiekosten noch nicht im „Ist“ gebucht wurden, stehen tatsächliche Kosten für 2009 noch nicht zur Verfügung. Somit kann der Anteil - der nur die Toilette Marktplatz betrifft - noch nicht genau errechnet werden. Es wurde vorerst ein Betrag in Höhe von 1.000 € ab der Nachkalkulation 2009 zugrunde gelegt.

Entwicklung der Erträge für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

	Ergebnis 2008	Kalkulation 2009	Nach- kalkulation 2009	Nach- kalkulation 2010	Kalkulation 2011
Benutzungsgebühren	16.417,60	16.500,00	16.081,20	16.100,00	16.100,00
Erstattung von Verwaltungsausgaben	2.692,48	2.100,00	2.185,40	2.200,00	2.200,00
insgesamt:	19.110,08	18.600,00	18.266,60	18.300,00	18.300,00

Die Gebühreneinnahmen sind im Jahre 2009 in Höhe von 16.081,20 € gegenüber dem Ergebnis 2008 um 336,40 € gesunken. Auch die Erstattung von Verwaltungsausgaben (Stromkosten, die die Marktbezieher je nach Verbrauch der Gemeinde erstatten) sind gegenüber dem Ergebnis 2008 um 507,08 € gesunken. Grund für die Mindereinnahmen kann der spätere Besuch einiger Marktbezieher nach einem strengen Winter sein. Für 2010 wurde daher eher vorsichtiger nachkalkuliert bzw. für 2011 kalkuliert.

Entwicklung der Aufwendungen abzüglich der Erträge für die Kostenrechnung „Wochenmarkt“

Ergebnis 2008	Gesamt- kosten	Regiekosten (nachrichtl.)	abzüglich Öffentl. Int.	verbleiben ge- bühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
		42,97 %	20%	80%	
Aufwendungen	19.834,04 €	8.522,48 €	3.966,81 €	15.867,23 €	
Erträge	19.110,08 €	0,00 €	0,00 €	19.110,08 €	
	-723,96 €	8.522,48 €	3.966,81 €	3.242,85 €	0,00 €

Kalkulation 2009	Gesamt- kosten	Regiekosten (nachrichtl.)	abzüglich Öffentl. Int.	verbleiben ge- bühren- relevante Kosten
	Ergebnis	49,79 %	20%	80%
Aufwendungen	22.875,00 €	11.389,20 €	4.575,00 €	18.300,00 €
Erträge	18.600,00 €	0,00 €	0,00 €	18.600,00 €
	-4.275,00 €	11.389,20 €	4.575,00 €	300,00 €

Nachkalk. 2009	Gesamt- kosten	Regiekosten (nachrichtl.)	abzüglich Öffentl. Int.	verbleiben ge- bühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Kalkulation	50,87 %	20%	80%	
Aufwendungen	22.388,27 €	11.389,20 €	4.477,65 €	17.910,62 €	
Erträge	18.266,60 €	0,00 €	0,00 €	18.266,60 €	
	-4.121,67 €	11.389,20 €	4.477,65 €	355,98 €	355,98 €

Nachkalk. 2010	Gesamt- kosten	Regiekosten (nachrichtl.)	abzüglich Öffentl. Int.	verbleiben ge- bühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Kalkulation	48,97 %	20%	80%	
Aufwendungen	22.835,40 €	11.183,60 €	4.567,08 €	18.268,32 €	
Erträge	18.300,00 €	0,00 €	0,00 €	18.300,00 €	
	-4.535,40 €	11.183,60 €	4.567,08 €	31,68 €	387,66 €

Kalkulation 2011	Gesamt- kosten	Regiekosten (nachrichtl.)	abzüglich Öffentl. Int.	verbleiben ge- bühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Kalkulation	48,59 %	20%	80%	
Aufwendungen	23.051,80 €	11.200,00 €	4.610,36 €	18.441,44 €	
Erträge	18.300,00 €	0,00 €	0,00 €	18.300,00 €	
	-4.751,80 €	11.200,00 €	4.610,36 €	-141,44 €	246,22 €

Die Kostenrechnung 2008 wurde unter Berücksichtigung einer öffentlichen Interessenquote von 20 % mit einem Überschuss in Höhe von 3.242,85 € abgeschlossen. Laut Ratsbeschluss vom 15.12.2009 ist der Überschuss nicht auszugleichen.

In der Nachkalkulation für 2009 wurde unter Berücksichtigung der 20-prozentigen Öffentlichen Interessenquote ein Überschuss in Höhe von 355,98 € (Gebührenkalkulation 2009 = 300 €) errechnet. Für 2010 wurde ein Überschuss in Höhe von 31,68 € und in der Gebührenkalkulation 2011 ein leichtes Defizit in Höhe von 141,44 € rechnerisch ausgewiesen. Bei Verrechnung des rechnerischen Überschusses und Defizits ergibt sich zum 31.12.2011 ein rechnerisch fortgeschriebener Überschuss in Höhe von 246,22 €

Auffällig sind ab 2009 die Regiekosten, die fast 50 % der Gesamtkosten ausmachen. Für die Kalkulation 2009 wurden die Regiekosten – wie vorstehend beschrieben – auf eine neue Berechnungsgrundlage gestellt. Bei Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge kann eine vollständige Kostendeckung nicht erreicht werden. Die Deckungslücke beträgt 20 % der Aufwendungen und entspricht damit recht genau der festgesetzten öffentlichen Interessenquote.

Gebührenfestsetzung 2011

Da davon auszugehen ist, dass der Wochenmarkt in gleicher Art und Weise betrieben wird wie in den Vorjahren, sind die Nachkalkulationen 2009 und 2010 die Grundlage für die Gebührenfestsetzung 2011. Auf eine Gebührenfestsetzung für insgesamt 3 Jahre sollte so lange verzichtet werden, bis die endgültigen Ergebnisse 2009 und 2010 bezüglich der tatsächlichen Höhe der Regiekosten vorliegen.

Die Verwaltung schlägt vor, den Gebührensatz von bisher 1,60 € pro laufenden Meter und die festgesetzte öffentliche Interessenquote in Höhe von 20 % im Hinblick auf die Attraktivität des in der Bevölkerung beliebten Wochenmarktes für das Jahr 2011 nicht zu verändern.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2010/154**

freigegeben am 17.09.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 17.09.2010**Festsetzung der Gebührensätze 2011 für die zentrale und dezentrale
Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	09.11.2010	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	23.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnenden Einrichtungen „zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung“ fortgeschriebene Gebührensätze ab 2011 festgelegt werden:

1. Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,55 €

2. Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers

/ Fäkalschlamms

63,00 €

b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers

/ Fäkalschlamms

52,50 €

Sach- und Rechtslage:**Allgemeines**

Abschreibungen

Das Ergebnis der Kostenrechnung 2008 wird in der Vorlage 2010/153 behandelt. Das Ergebnis für 2009 konnte noch nicht festgestellt werden. Grund der zeitlichen Verzögerung sind fehlende Angaben in der Anlagenbuchhaltung, die nicht nur den Bereich der Kostenrechnung betreffen, sondern auch andere Vermögenswerte, die in das „Produktivsystem SAP“ zu übernehmen sind.

Erst nach Übernahme der Anlagegüter für die zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung und nach Aufteilung der Vermögenswerte (Anlage im Bau) zum 01.01.2009 können die Abschreibungsläufe für das Haushaltsjahr 2009 sowie die vorläufigen Abschreibungsläufe der Jahre 2010 und 2011 durchgeführt werden.

Regiekosten

Mit der Umstellung auf das neue Haushaltsrecht (Doppik) hat sich die Berechnung der Regiekosten grundlegend geändert. Das Nebenbuch „Anlagenbuchhaltung“ zur Finanzbuchhaltung muss für das Haushaltsjahr 2009 abgeschlossen sein, bevor die Regiekosten 2009 für die Regieprodukte Gemeindeorgane, Gleichstellung, Finanzverwaltung, Personalangelegenheiten und Organisation nach verschiedenen Verteilungsschlüsseln auf alle anderen Produkte „Ist-mäßig“ umgelegt werden können, somit auch auf das Produkt „zentrale Abwasserbeseitigung“. Regiekosten wurden bei dem Produkt „dezentrale Abwasserbeseitigung“ bislang nie berücksichtigt.

1. Zentrale Abwasserbeseitigung

In der unten stehenden Tabelle wurden die Erträge, sächlicher Betriebsaufwand und die kalkulatorischen Kosten gegenübergestellt:

Schmutzwasser in €

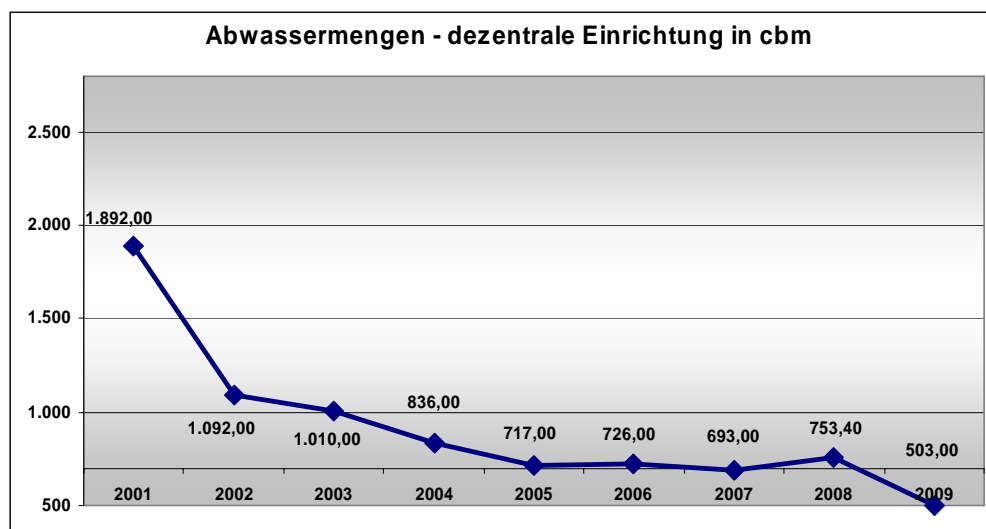
	2008 „Ist“- Beträge	2009 - Plan	2009 – teilweise Ist-Beträge	2010 Plan	2011 Plan
Erträge	2.173.697,08	2.076.350,00	2.032.163,16	2.072.450,00	2.009.300,00
Sächl. Betriebsaufwand	860.196,02	969.554,16	782.379,88	961.142,60	1.016.243,00
Abschreibungen	640.991,14	662.665,00	662.665,00	660.911,00	660.911,00
Kalk. Zinsen	498.814,42	500.000,00	500.000,00	500.000,00	500.000,00
Aufwendungen	2.000.001,58	2.132.219,16	1.945.044,88	2.122.053,60	2.177.154,00
Saldo	+173.695,50	-55.869,16	+87.118,28	-49.603,60	-167.854,00

Im Ergebnis für 2008 wurden insgesamt 173.695,50 € erwirtschaftet, sodass zum 31.12.2008 ein fortgeschriebener Gesamtüberschuss in Höhe von 586.547,31 € nachgewiesen werden konnte. Um den Überschuss abzubauen, wurde in der Gebührenkalkulation für 2009 der Gebührensatz von 2,60 € auf 2,55 € pro cbm gesenkt.

Für 2009 wurden Ist-Beträge berücksichtigt, soweit sie vorhanden sind. Planwerte wurden zugrunde gelegt in den Bereichen Regiekosten, Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen, die erst nach Übernahme des Schmutzwasservermögens und Abschluss des Nebenbuches „Anlagevermögen für 2009“ berechnet werden können. Aufgrund der vorstehenden überschlägigen Kalkulation schlägt die Verwaltung vor, den Gebührensatz in Höhe von 2,55 € für das Haushaltsjahr 2011 nicht zu ändern.

2. Dezentrale Abwasserbeseitigung

Bei der Gebührenberechnung für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser ist die Abfuhrmenge von besonderer Bedeutung. Aus der unten stehenden Tabelle sind die Abfuhrmengen bis zum Jahre 2009 aufgeführt.



Im Ergebnis 2008 ist die Abfuhrmenge gegenüber dem Ergebnis 2007 um ca. 60 cbm gestiegen und im Jahre 2009 um insgesamt 250 cbm gravierend gesunken. Die jährliche Abfuhrmenge wird auch weiterhin schwanken, da nur dann eine Abfuhr seitens der Gemeinde Rastede aus den Hauskläranlagen veranlasst wird, wenn die Wartungsfirma laut Wartungsprotokoll eine Abfuhr des Klärschlammes für notwendig hält (bedarfsgerechte Abfuhr). Da die Abfuhrmenge im Jahre 2009 so drastisch gesunken ist, könnte in dem Jahr voraussichtlich ein Defizit in Höhe von rechnerisch ca. 2.305,60 € entstehen, das fortgeschriebene Defizit zum 31.12.2009 würde sich auf 7.373,54 € erhöhen.

Entwicklung des Defizits bis zum 31.12.2009

2004	2005	2006	2007	2008	2009
-23.077,72	-21.557,18	-19.629,88	-13.120,13	-5.067,94	-7.373,54

Regiekosten wurden bislang bei der Berechnung des Gebührensatzes nicht mit einberechnet, siehe Ausführungen dazu in der Vorlage 2010/153. Die Regiekosten belaufen sich auf rd. 11.000 € Allein die Einbeziehung der Regiekosten würde den Gebührensatz um rd. 17 €/cbm erhöhen.

Die Gebührensätze wurden für Hauskläranlagen und für abflusslose Gruben ab 2005 bis 2007 insgesamt um 20 € angehoben, um das kumulierte Defizit der vergangenen Jahre nicht noch weiter ansteigen zu lassen. Die Gebührenerhöhungen haben dazu geführt, das kumulierte Defizit mit einem Höchststand im Jahre 2004 mit 23.077,72 € bis zum 31.12.2008 (Ergebnis der Kostenrechnung 2008) auf 5.067,94 € sinken zu lassen. Nach Vorliegen zeitnaher Kostenrechnungen ist das Gesamtergebnis der Einrichtung dezentraler Abwasserbeseitigung neu zu bewerten und über die Einbeziehung der Regiekosten zu entscheiden.

Übersicht der Gebührensätze

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Hausklär-Anlagen	43,00 €	53,00 €	58,00 €	63,00 €	63,00 €	63,00 €	63,00 €
Abflusslose Gruben	32,50 €	42,50 €	47,50 €	52,50 €	52,50 €	52,50 €	52,50 €

Die Verwaltung schlägt vor, weiterhin ohne Berücksichtigung der Regiekosten ab 2009 bei der dezentralen Abwasserbeseitigung die Gebührensätze 2011 wie im letzten Jahr zu beschließen:

- 63,00 €pro cbm für Hauskläranlagen und
- 52,50 €pro cbm für abflusslose Gruben

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/155

freigegeben am 20.09.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 20.09.2010

Gebührensatzsatzung 2011 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	09.11.2010	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	23.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 zur Vorlage 2010/155 beigelegte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2011 für die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser und über die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr in der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Erläuterungen zu den Gebührensätzen sind den Vorlagen

- 2010/148 – Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“
- 2010/154 – Festsetzung der Gebührensätze 2011 für die zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser

zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Anlage 1 – Gebührensatzsatzung 2011

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2010/119B**

freigegeben am 11.11.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 11.11.2010**Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	23.11.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2010	Rat

Beschlussvorschlag:**Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses für den Rat:**

1. Die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2011 wird beschlossen.
2. Der Haushaltsplan 2011 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen

im Ergebnishaushalt

bei den Erträgen mit	24.461.476 Euro
bei den Aufwendungen mit	24.461.476 Euro

im Finanzhaushalt

bei den Einzahlungen aus laufender. Verwaltung	22.258.569 Euro
bei den Auszahlungen aus laufender Verwaltung	21.874.730 Euro
bei den Einzahlungen aus Investitionen	2.767.035 Euro
bei den Auszahlungen aus Investitionen	5.055.161 Euro
bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3.607.110 Euro
bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.702.823 Euro

beschlossen.

3. Das Investitionsprogramm 2010 bis 2014 wird beschlossen.
4. Die Finanzplanung 2010 bis 2014 wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011 wird beschlossen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung für den Verwaltungsausschuss:

1. Der Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 05.10.10 (Vorlage 2010/115) wird bestätigt.
2. Im Rahmen der Entflechtung der Finanzbeziehungen zwischen Landkreis und Gemeinden wird dem Vorschlag zugestimmt, ab 2011 die Konzessionsabgabe vollständig bei den Gemeinden einzunehmen und dass im Gegenzug der Kreisumlagesatz im Umfang des Kreisanteils der Konzessionsabgabe angehoben wird.

Sach- und Rechtslage:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 09.11.10 dem vorstehenden Beschlussvorschlag über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan einstimmig zugestimmt.

Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Schulbeteiligung sind gegenüber den politischen Gremien weitere Informationen weiter zu geben, die sich erst jetzt nach der Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten am 10.11.10 konkret ergeben haben.

Neuordnung der Schulfinanzierung:

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 05.10.10 u.a. beschlossen:

Der Neuordnung der laufenden Schulbeteiligung und der Investitionsförderung ab 2011 entsprechend den in der Vorlage genannten Eckpunkten unter Einbeziehung der Kreisumlage wird zugestimmt.

Zu den Eckpunkten gehörte im Zeitpunkt der v.g. Beschlussfassung, dass die Rückflüsse aus den Tilgungsbeiträgen der Kommunen zu einem Drittel an die Gemeinden zurückgezahlt und die restlichen zwei Drittel nicht endgültig an den Landkreis gezahlt, sondern dazu verwendet werden, dass der Landkreis daraus Investitionszuschüsse zahlt.

Mit der Verwendung der Zweidrittel-Zahlung für Investitionszuschüsse ist die Gemeinde Apen nicht einverstanden, weil sie vorausblickend nicht erkennen kann, dass ihr entsprechend den Schulinvestitionsbedarfen der anderen und größeren Landkreiskommunen einen gerechten Anteil an den zurückfließenden Kreisschulbaukassen-Geldern (Investitionszuschüsse für den Schulbau) bekommen wird.

Der verwaltungsseitige neue Kompromissvorschlag vom 10.11.10 sieht nun vor, dass die Zweidrittel-Zahlung nicht mehr für Investitionszuschüsse verwendet wird. Die eine Hälfte der Zweidrittel-Zahlung soll an die Gemeinden nach einem Schlüssel (Schülerzahlen) ausgezahlt werden und die andere Hälfte würde der Landkreis dafür verwenden, um die von ihm für die Kreisschulbaukasse aufgenommenen Kredite zu tilgen.

Dieser Kompromiss ist akzeptabel. Anstelle einzelner Investitionszuschüsse für Schulbaumaßnahmen erfolgen nun schulmäßig nicht gebundene Mittelnrückflüsse an die Kommunen, wovon alle Kommunen gleichermaßen profitieren. Die ersten Rückzahlungen werden vor 2014 nicht erfolgen, weil bis zu diesem Zeitpunkt noch Zusagen aus der Kreisschulbaukasse „abgearbeitet“ werden müssen. Die vorstehende neue Kompromissformel macht zwar keine neue Formulierung des Beschlusses erforderlich, aber er bedarf einer Bestätigung durch den Verwaltungsausschuss, um zum Ausdruck zu bringen, dass er auch mit der neuen Verfahrensweise einverstanden ist.

Zahlung der Konzessionsabgabe für Strom und Gas:

Die von der EWE an die Kommunen zu zahlende Konzessionsabgabe wird auf die Gemeinden und den Landkreis verteilt. Im Rahmen von Maßnahmen zur weiteren Entflechtung der Finanzbeziehungen zwischen Landkreis und Gemeinden besteht Übereinstimmung auf Verwaltungsebene, die Gesamtzahlung der Konzessionsabgabe nicht mehr zwischen Landkreis und Gemeinden aufzuteilen. Die Zahlung sollte ab 2011 insgesamt an die Gemeinden erfolgen und im Gegenzuge erhöht der Landkreis die Kreisumlage im Umfang des Kreisanteils an der Konzessionsabgabe.

Die im Haushaltsplanentwurf enthaltenen Ansätze wären wie folgt zu ändern:

Produkt:	P1.03.03.611000.000		
	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen		
Sachkonto	437200	Kreisumlage	
Ansatz:	alt:		4.780.000
	neu:		5.138.000
	Veränderung:		358.000

Produkt:	P1.06.00.541100.001		
	Gemeindestraßen		
Sachkonto	351100	Konzessionsabgabe Strom	
	alt:		257.700
	neu:		530.100
	Veränderung:		272.400
	3511100	Konzessionsabgabe Gas	
	alt:		81.000
	neu:		166.600
	Veränderung:		85.600
			358.000

Kreisumlagesatz:

Der Landkreis hat in der Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten am 10.11.10 mitgeteilt, dass für 2011 der Prozentsatz nicht geändert werden soll. Abhängig von der Entwicklung des Finanzausgleichs müsse aber damit gerechnet werden, dass der Umlagesatz ab 2012 angehoben wird.

Z. Zt. beträgt der Kreisumlagesatz 38 %. Durch die v.g. Maßnahmen zur Entflechtung der Finanzbeziehung „reduziert“ er sich auf 34,5 %:

38,0 %
- 5,9 % Reduzierung wegen Neuordnung Schulfinanzierung
+ 2,4 % Anhebung wegen Zahlung aus der Konzessionsabgabe
34,5 % Kreisumlagesatz 2011

Finanzielle Auswirkungen:

Keine vorhanden.

Anlagen:

Anlage 1: Haushaltssatzung 2011

Anlage 2: Gesamtergebnis- und -finanzplan